

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Braun, Martin Sichert, Carolin Bachmann, Barbara Benkstein, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Petr Bystron, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Dr. Malte Kaufmann, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Angesichts des Terrorangriffs der Hamas auf Israel – Mittelvergabe an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten umgehend stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wie der Antragsteller bereits auf Bundestagsdrucksache 19/30414 darlegte, hat sich das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten UNRWA zu einem nahezu unüberwindbaren Problem im Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern entwickelt. Die UNRWA ist im Gazastreifen in erheblichem Maße mit der radikal-islamischen Terrororganisation Hamas verquickt. Bei einer Gewerkschaftswahl von UNRWA-Angestellten im Jahr 2012 gewannen die der Hamas nahestehenden Vertreter 25 der 27 Sitze.¹ Selbst die UN musste einräumen, dass die Hamas die von der UNRWA betriebenen Schulen dazu missbrauche, um von dort aus Raketen auf Israel abzuschießen.² In UNRWA-Schulen werden Gedenkzeremonien für Hamas-Führer abgehalten; UNRWA-Lehrer widmen sich nach Feierabend dem Raketenbau und werden im Falle ihrer Tötung in den Schulen als „Märtyrer“ gefeiert.³ Es wird der Hass auf Juden gelehrt, der Dschihad und terroristische Aktionen gegen Israel verherrlicht.

Die UNRWA interveniert in den israelisch-arabischen Konflikt und besteht auf der Forderung der „Rückkehr“ der Nachfahren der ehemaligen Bewohner in deren damalige Siedlungsgebiete. Alle anderen Optionen werden nicht in Betracht gezogen.⁴ Dies würde Israel demographisch betrachtet zu einem arabischen Staat machen. Damit ist das Existenzrecht eines Nationalstaates und andererseits das Recht auf Selbstverteidigung gemäß der Charta der Vereinten Nationen, Kapitel VII, Artikel 5, bedroht. Derartige Rechte können nicht verwirkt werden, sie sind unveräußerlich. Somit steht die Haltung der UNRWA im Gegensatz zu der von der Bundesregierung 2008 verkündeten Position, dass „Israels Sicherheit Teil der deutschen Staatsräson“ sei.

¹ www.timesofisrael.com/pro-hamas-bloc-wins-control-of-unrwa-in-gaza

² www.israelheute.com/erfahren/unrwa-hamas-schoss-aus-unseren-schulen/

³ <https://israelbehindthenews.com/library/pdfs/UNRWA-SCHOOLS-IN-GAZA.pdf>

⁴ www.cfnep.com/205640/Teaching-The-Right-of-Return-in-UNRWA-Schools

Währenddessen verwaltet die UNRWA im Gazastreifen den größten Wohlfahrtsapparat der Welt. Sie agiert als Hilfs- und Arbeitsagentur zugleich, als „Relief and Work Agency.“ Mit einem Etat von 1,2 Milliarden Euro versorgt das Hilfswerk 80 Prozent der Einwohner, die als „Flüchtlinge“ gelten.⁵

Trotz des völkerrechtlichen Diskriminierungsverbots der Flüchtlinge,⁶ genießen palästinensische Flüchtlinge einen privilegierten Status unter der Obhut einer UNO-Sonderorganisation. Das UN-Mandat der UNRWA ermöglicht Sonderregelungen zum individuellen Erhalt des Flüchtlingsstatus: Dieser ist vererbbar und er erlöscht nicht bei Annahme einer anderen Staatsbürgerschaft. Daher blieben zum Beispiel die ungefähr 700.000 Flüchtlinge, die eine jordanische Staatsbürgerschaft erhielten, palästinensische Flüchtlinge im Sinne der UNRWA. Die in Gaza und im Westjordanland ansässigen Flüchtlinge erhielten von der Palästinensischen Autonomiebehörde eine palästinensische Staatsbürgerschaft. Obwohl diese von vielen Staaten nicht anerkannt wird, könnte man die Personen, die im Besitz dieser Staatsbürgerschaft sind, im Sinne der UNHCR-Definition als Nichtflüchtlinge ansehen. „Im Gegensatz zu UNHCR und Genfer Flüchtlingskonvention sind bis auf den Tod keine Gründe für einen Verlust des Flüchtlingsstatus vorgesehen. [...] Ein Verlust des Flüchtlingsstatus nach der Registrierung einer Person als berechtigter Flüchtling durch die UNRWA ist nicht vorgesehen.“⁷ Zudem verfolgten alle Staaten der Arabischen Liga seit der Gründung des Staates Israel, explizit seit 1965, die Politik, palästinensischen Flüchtlingen nicht die jeweilige Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Infolge dieser Umstände wurden aus 600.000 Flüchtlingen im Jahr 1949 – von denen schätzungsweise jetzt noch 30.000 bis 50.000 leben – aktuell 5,6 Millionen, mit steigender Tendenz. In Verbindung mit dem „Recht auf Rückkehr“, einer Forderung der Palästinenser, die von der UNRWA unterstützt wird, schafft diese Anzahl von Flüchtlingen ein unüberwindbares Hindernis für den Friedensprozess mit Israel.

Der freiwillige Beitrag der Bundesregierung an die UNRWA in Höhe von jährlich 18 Millionen Euro ist der einzige als Zuwendung an die UNRWA definierte Titel im Bundeshaushalt.⁸ Gleichwohl sind die tatsächlichen Zuwendungen wesentlich höher: Im Jahr 2018 bezifferte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages diese um beinahe das Zehnfache, 177 Millionen Euro.⁹ Die Bundesregierung hat es der UNRWA überlassen, ihren Finanzbedarf selbst festzustellen, „[...] nach Ermittlung des dann aktuellen Hilfsbedarfs durch UNRWA [...]“, so der Staatssekretär Andreas Michaelis in seiner Antwort auf die Schriftliche Frage 38 auf Bundestagsdrucksache 19/13638.¹⁰ Die UNRWA hat ein Eigeninteresse daran, immer mehr Menschen zu hilfsbedürftigen Flüchtlingen zu erklären, um dadurch immer neue Bedarfe zu begründen.

Derzeit liegen die Kosten für einen Flüchtling in der Obhut der UNRWA beim doppelten Satz der Aufwendungen für einen Flüchtling des UNHCR. Die Bundesregierung gibt für UNRWA-Flüchtlinge 3,5-mal mehr Geld aus als für die vom UNHCR betreuten Personen. Eine Evaluierung der Arbeit der UNRWA durch die Vereinten Nationen kam zu dem Ergebnis, dass die Kosten für einen einzelnen registrierten UNRWA-Flüchtling seit 1974 kontinuierlich gestiegen sind. Dies wird auf die steigenden Ansprüche der Betroffenen zurückgeführt. In derselben Studie werden auch die Risiken

⁵ www.unrwa.org/newsroom/official-statements/statement-unrwa-commissioner-general-advisory-commission-2019

⁶ UNHCR: „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951

⁷ WD 2-3000-087/19

⁸ Bundestagsdrucksache 20/7800, 0501-687 17-29, 4

⁹ WD 2-104-19

¹⁰ Bundestagsdrucksache 19/13638, Nr. 38, Seite 23

von Veruntreuung, Korruption bei der Verteilung der Mittel und der Einstellung von Personal benannt.¹¹

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. alle finanziellen Zuwendungen an die UNRWA zu stoppen;
 2. alle geplanten Mittel an die UNRWA an den UNHCR zu übertragen, in drastisch reduzierter Form, mit dem für Flüchtlinge des UNHCR gültigen Bedarf;
 3. in Verhandlungen mit Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde den Sonderstatus der palästinensischen Flüchtlinge zurückzuweisen wie auch das von palästinensischer Seite geforderte „Recht auf Rückkehr“.

Berlin, den 10. Oktober 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel und die zahllosen Morde an Zivilisten sind nicht zuletzt das Resultat jahrelanger Förderung der UNRWA. In den Schulbüchern der UNRWA wird der Dschihad als das Ideal eines gottesfürchtigen Lebens vermittelt. Die Richtlinien eines neutralen Unterrichts im Sinne der Vereinten Nationen werden nicht eingehalten. Beispielsweise wird Jerusalem als eine arabische Stadt bezeichnet, während die Juden als fremde Siedler und Besatzer dargestellt werden. Die Existenz von Heiligen Orten der Juden in der Stadt wird nicht anerkannt.¹² Israel wird nicht als jüdische Nation mit eigenen nationalen Rechten respektiert und Landkarten in Schulbüchern zeigen nur die Palästina-Flagge.¹³ Darüber hinaus werden islamische Selbstmordattentäter als Helden gepriesen: „The martyrs are more honorable than us all“.¹⁴

In der Antwort auf die Frage zu antisemitischen Inhalten in den Lehrmaterialien, die an den UNRWA-Schulen verwendet werden, bestätigt im Jahr 2018 der damalige Staatsminister Michael Roth, dass „grundsätzlich die im jeweiligen Land oder Gebiet geltenden Lehrpläne und Lehrmaterialien“ eingesetzt werden.¹⁵ Der Bundesregierung ist bekannt, dass die von der Palästinensischen Autonomiebehörde herausgegebenen Lehrpläne und Lehrmaterialien an den UNRWA-Schulen eingesetzt werden. Die Verbreitung antisemitischer und antiisraelischer Botschaften und Haltungen steht im Widerspruch zu den von den Vereinten Nationen deklarierten Menschenrechten.

Dies alles geschieht ausdrücklich trotz sogenannter „Kontrollmechanismen“ der Vereinten Nationen. Auf diese beruft sich die Bundesregierung, um zu erklären, warum sie den Einsatz deutscher Steuergelder nicht selbst kontrolliert.¹⁶

Die Existenz der UNRWA ist nicht alternativlos, wie es von ihr selbst immer wieder behauptet wird. Viele der sozialen Dienste können auf das UNHCR übertragen werden. Das Center for Near East Policy Research entwi-

¹¹ www.unrwa.org/userfiles/file/AdCom_en/2011/100320_OIOS_report_on_the_Evaluation_of_UNRWA.PDF

¹² www.terrorism-info.org.il/app/uploads/2017/12/E_259_17.pdf, Seite 54

¹³ <http://israelbehindthenews.com/wp-content/uploads/2018/02/UNRWA2018A-eng.pdf>

¹⁴ Arabic Language, Grade 6, Part 2 (2017) p. 34, zitiert nach <http://israelbehindthenews.com/wp-content/uploads/2018/02/UNRWA2018A-eng.pdf>, Seite 25

¹⁵ Bundestagsdrucksache 19/1126

¹⁶ Bundestagsdrucksache 19/1126

ckelt seit Jahren ein umfassendes Konzept zur Ablösung der UNRWA als Leister sozialer Dienste. Dessen Konzept entspricht ganz den Ansätzen der Bundesregierung – die Verbesserung der Leistungen bei gleichzeitiger Trennung von politischen Forderungen.¹⁷

¹⁷ www.cfnepr.com/205640/Articles%2Dand%2Dessays

